

Kämmerin muss sich vor Gericht verantworten

Die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen Betrugsverdachts in vier Fällen gegen die Boltenhagenerin Kathrin Diedrich erhoben.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – Boltenhagens Kämmerin Kathrin Dietrich muss sich wegen Betrugverdachts vor Gericht verantworten. Geplanter Verhandlungstermin ist der 10. Mai. „Wir haben Anklage erhoben“, bestätigt Oberstaatsanwalt Stephan Hagemann. Bereits im Juni 2009 hat die Staatsanwaltschaft Schwerin das Büro der Kämmerin durchsuchen lassen, weil sie gemeinsam mit ihrem Mann Frank Vermittlungsgutscheine der Arge zu ihren Gunsten abgerechnet haben soll (die OZ berichtete). Knapp zwei Jahre später geht es nun vor den Kadi. „Es ist ein komplexer Vorwurf, viele Unterlagen waren zu sichten“, erklärt Stephan Hagemann, warum die Staatsanwaltschaft so lange für eine Entscheidung gebraucht hat.

„Wir sind froh, dass es die Sache endlich geklärt wird. So eine lange Wartezeit ist eine nervliche Belastung für jeden Menschen. Auf meiner Mandantin lastet ein enormer psychischer Druck“, sagt Christian Schumacher. Der Lübecker Anwalt verteidigt Kathrin Diedrich und wird auf Freispruch plädieren.

Wie Oberstaatsanwalt Stephan Hagemann berichtet, muss sich die Kämmerin vor dem Schöffengericht Wismar wegen Betruges in vier Fällen à 1000 Euro verantworten. Dabei geht es unter anderem um die Stellenbesetzung von Verkehrsüberwachern. Bewerbern soll Kathrin Dietrich als Personalverantwortliche gesagt haben, dass sie die Stelle bekämen, wenn sie im Gegenzug von der Arge einen Vermittlungsgutschein für das von ihrem Mann Frank geführte Personalserviceunternehmen beschaffen würde. Obwohl keine Vermittlungstätigkeit stattgefunden haben soll, so die Staatsanwaltschaft. Es handelt sich um drei Mit-

arbeiter, die dann auch eingestellt wurden. „Einer ist doppelt abkassiert worden, darum sind es vier Betrugsfälle“, erklärt Staatsanwalt Hagemann.

„Es wurde in den vergangenen zwei Jahren durch die Staatsanwalt rauf und runter ermittelt und eindeutig nur zu Lasten des Ehepaares Diedrich“, betont Rechtsanwalt Christian Schumacher. In der Ermittlung und Zeugenbefragung hätten sich viele Lücke aufgetan. „Die werden wir versuchen, vor Gericht zu schließen“, so Schumacher.

Rückblick: Ins Rollen gebracht hatte die Ermittlungen Bürgermeister Olaf Claus (parteilos), der Anzeige gegen seine damalige Stellvertreterin stellte. Daraufhin wurde ihr Büro in der Gemeindeverwaltung sowie auch ihre Privatwohnung und das von ihrem Mann geführte Personalserviceunternehmen durchsucht. Noch am selben Tag hat der Bürgermeister Kathrin Dietrich

beurlaubt und später dann eine Verdachtskündigung ausgesprochen. Seine im Alleingang vorgenommene Kündigung führte zu einem Streit mit den Gemeindevertretern, weil die nicht gefragt wurden, obwohl sie laut Hauptsatzung dafür zuständig sind. Das Obergericht in Greifswald gab den Gemeindevertretern Recht (die OZ berichtete). Sie wollten nach Bekanntwerden des Betrugsverdachts keine Vorverurteilung vornehmen, sondern abwarten, ob die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt oder nicht. Erst dann sollte über eine mögliche Kündigung entschieden werden. In der vergangenen Woche wurden die Gemeindevertreter von Olaf Claus über die bevorstehende Gerichtsverhandlung informiert. Sie haben ihm die Genehmigung erteilt, dass er als Zeuge zur Verwaltungsarbeit aussagen darf.



Kathrin Diedrich ist Kämmerin und ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin.

Foto: Archiv/Schröder

LESERBRIEFE

Muss der Steuerzahler den Schaden bezahlen?

Zum OZ-Artikel vom 10. März „Gemeinde hat entschieden“: Man muss der wegen ihrer vermeintlich einseitigen Berichterstattung arg gescholtenen OZ doch ein Kompliment machen. Selten wurde die Öffentlichkeit über solch ein Thema wie Barrein und Vertraulichkeit umfassend unterrichtet. Ein vertrauliches Gespräch zwischen dem ehemaligen Bürgermeister Herrn Schulz und dem jetzigen Bürgermeister sollte wohl das Fehlverhalten von Herrn Schulz unter den Teppich kehren? Aber auch dieses Ziel ist wohl nicht erreicht. Wir als Bürger sind nun, wenn auch ungewollt, über die „Barrein-Affäre“

einmal informiert worden. Wer kommt für den entstandenen Schaden auf? Wieder wir als Steuerzahler?

Es wird wohl teuer für Boltenhagen! Oder auch für den Steuerzahler? Das Vertrauen ist tatsächlich zerstört. Aber wohl nicht erst seit der jetzigen Bekanntgabe der Sache Barrein. Der ehemalige Bürgermeister Herr Schulz und auch die ehemaligen Gemeinderatsmitglieder sollten sich ihrer Verantwortung stellen und hierzu eine Aussage treffen. Wir als Bürger und Steuerzahler werden es kaum einsehen, dass unsere gezahlten Steuermittel zur Begleichung solcher offensichtlichen Fehlverhalten genutzt werden.

Friedrich Kletzien, Grevesmühlen